

Ahmet Cavuldak [Hrsg.]

Peter Graf Kielmansegg im Gespräch

Übungen im politischen Denken



Nomos

Ahmet Cavulcak [Hrsg.]

Peter Graf Kielmansegg im Gespräch

Übungen im politischen Denken



Nomos



Onlineversion
Nomos eLibrary

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-6581-2 (Print)

ISBN 978-3-7489-0647-6 (ePDF)

1. Auflage 2020

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2020. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	7
----------------	---

I. Gespräch zwischen Ahmet Cavuldak und Peter Graf Kielmansegg	13
---	----

II. Ideengeschichtliche Profile

Die Federalist Papers. Das politische Denken der amerikanischen Gründungsväter	161
--	-----

Tocqueville – ein Meister? Überlegungen zum Rang des Demokratie-Analytikers Tocqueville	181
---	-----

Hannah Arendt lesen. Anmerkungen zu „Über die Revolution“	209
---	-----

Kants Verheißung. Anfragen an Immanuel Kants Schrift „Zum ewigen Frieden“	223
---	-----

Denkt die Welt europäisch? Das Beispiel Politik	251
---	-----

III. Porträtskizzen von Weggefährten

Abschied von Eugen Kogon	263
--------------------------	-----

Wilhelm Hennis. Politikwissenschaft gegen den Strom	277
---	-----

Dolf Sternbergers Lehre von der Politik. Auf der Suche nach dem verlorenen Wort 303

Exkurs: Die Sprachlosigkeit der Sozialwissenschaften 315

IV. Öffentliche Stellungnahmen

Die Zukunft der Demokratie 329

Soll man Gott mehr gehorchen als den Menschen? Religion im Verfassungsstaat 339

Schuld und Halbschuld: Die Jahrhundertdebatte über den Ersten Weltkrieg 349

Die Ambivalenzen des Populismus 361

Verteidigung der Politik 371

Über Migration reden 381

Politik und Apokalypse 391

Erstveröffentlichung der Texte 403

Vorwort

Der vorliegende Band soll den Historiker, Politikwissenschaftler und öffentlichen Intellektuellen Peter Graf Kielmansegg als Mensch und Gelehrten porträtieren und dessen bisheriges Oeuvre abrunden. Im Mittelpunkt steht ein umfangreiches, sehr persönliches Gespräch mit Graf Kielmansegg über sein Leben und Werk, das um teils unveröffentlichte Texte aus vier Jahrzehnten ergänzt wird. Zwischen Gespräch und Essays bestehen zahlreiche Bezüge, sodass in der Zusammenschau ein vielstimmiges Konzert entsteht.

Das werkbiographische Gespräch mit Peter Graf Kielmansegg verdankt seine Entstehung einer glücklichen Konstellation der Umstände. Im Mai 2019 erschien ein von mir herausgegebener Sammelband über das Werk und Wirken Graf Kielmanseggs mit Beiträgen von namhaften Politikwissenschaftlern und Historikern.¹ Ich hatte Graf Kielmansegg ursprünglich um eine Replik auf die kritischen Nachfragen und Einschätzungen der Kolleginnen und Kollegen gebeten, er aber konnte sich dafür nicht so recht erwärmen. Erst daraufhin habe ich ihm vorgeschlagen, mit ihm ein Gespräch zu führen, in das dann auch die Fragen zu seinem Werk eingehen würden. Mein alternativer Vorschlag fand dann rasch seine Zustimmung, wohl auch deshalb, weil wir ohnehin seit meinen Studienjahren an der Mannheimer Universität im regen Austausch miteinander stehen. Das Gespräch bietet als lebendiges Medium ganz andere Möglichkeiten der Mitteilung und Verständigung, zumal wenn die kostbare Freiheit des Vertrauens dazukommt, die nur mit der Zeit entstehen und bestehen kann. Ich war von den Selbstausskünften Graf Kielmanseggs teilweise überrascht, sie brachten auch für mich neue Facetten der Person und des Werks zum Vorschein. Graf Kielmansegg unternahm jedenfalls eine intensive Reise in seine Vergangenheit und Gedankenwelt, die er selbst durchaus als her-

1 Cavuldak, Ahmet (Hrsg.), 2019: Die Grammatik der Demokratie. Das Staatsverständnis von Peter Graf Kielmansegg, Baden-Baden, Nomos.

ausfordernd empfand, menschlich wie auch intellektuell. Dabei kamen ihm seine Stärken als Redner zugute, er konnte pointiert zuspitzen, um für Klarheit zu sorgen, ohne übertreiben zu müssen. Graf Kielmansegg ist bekannt für seine Kunst der Abwägung, die sich auch in unserem Gespräch deutlich zeigt.

Das Gespräch mit Graf Kielmansegg habe ich im August und September 2018 an mehreren Tagen bei ihm zu Hause in Laudenbach geführt. Da er sich mit besonderer Sorgfalt unserem Gespräch gewidmet hat, kam alsbald der Gedanke auf, es sollte aufgrund seiner intellektuellen Substanz eigens veröffentlicht werden. Dabei wurde ich dankenswerterweise ermutigt vom Urteil einiger Kolleginnen und Kollegen, denen ich eine Niederschrift des Gesprächs mit der Bitte um ihre Einschätzung geschickt hatte. Daraufhin haben wir es dann auf meinen Wunsch hin im Sommer und Herbst 2019 erweitert und schließlich gemeinsam durchgesehen. Gesprochen habe ich mit Graf Kielmansegg über seinen Lebensweg „nach der Katastrophe“, über frühe Erfahrungen und Prägungen, seinen akademischen Werdegang, über seine intellektuellen Weggefährten, sein vielschichtiges Werk und vielfältiges Wirken.²

Auch habe ich die Gelegenheit genutzt, um kritische Fragen an Graf Kielmansegg und sein Werk zu stellen; wie die Leserinnen und Leser es merken werden, ist er offen und geduldig auf sie eingegangen, und dort, wo er keine Antwort zu geben wusste, hat er dies zugegeben.

Um das werkbiographische Gespräch herum versammelt der Band Texte unterschiedlicher Gattung von Graf Kielmansegg aus einem Zeitraum von vier Jahrzehnten, die durch verschiedene äußere Anlässe entstanden sind und teilweise hier erstmals veröffentlicht werden. Zunächst gibt es fünf ideengeschichtliche Profile, die den Autor als einen Kenner der politischen Ideengeschichte Euro-

2 An dieser Stelle sei erlaubt, auf Sandra Wirths Dissertation mit dem Titel „Nachdenken über Demokratie“ hinzuweisen, die „das akademische Werk Peter Graf Kielmanseggs im Spiegel von Biographie und Zeitgeschichte“ rekonstruiert und würdigt (2019, Baden-Baden, Nomos). Sie enthält auch eine aktualisierte und vollständige Bibliografie der Schriften von Graf Kielmansegg.

pas und der USA ausweisen. Der erste Beitrag charakterisiert das politische Denken der amerikanischen Gründerväter in den *Federalist Papers*, der zweite würdigt Alexis de Tocqueville als großen Demokratie-Analytiker, wohl nicht von ungefähr, wenn man bedenkt, dass beide kanonischen Texte feste Referenzgrößen für das demokratietheoretische Denken Graf Kielmanseggs sind. Der dritte, hier erstmals veröffentlichte Text geht zurück auf einen Vortrag an einer Schule über Hannah Arendts *Revolutionsbuch* und Demokratieverständnis. Anschließend setzt sich der Autor in einer Abhandlung mit Immanuel Kants Schrift „Zum ewigen Frieden“ auseinander, die trotz oder wegen ihres utopischen Gehaltes in die politische Welt gewirkt hat wie nur wenige philosophisch-politische Texte. Der letzte, bislang unveröffentlichte Beitrag, der seinerseits auf einen Vortrag am Tag der Akademien der Wissenschaften in Berlin zurückgeht, fragt nach dem Einfluss des europäischen politischen Denkens in der Welt. Seine Antwort gibt jedenfalls zu denken, auch wenn man ihm in manchem widersprechen mag.

Auf diese fünf ideengeschichtlichen Profile folgen drei Porträtskizzen von bedeutenden Weggefährten, in denen freundschaftliche Verbundenheit und intellektuelle Wertschätzung zusammenfließen, was aber Kritik in der Sache nicht ausschließt: der Nachruf auf seinen „Lehrer“ Eugen Kogon, ursprünglich in der Zeitschrift „Merkur“ erschienen, ist einer der persönlichsten und schönsten Texte von Graf Kielmansegg, auch sein Aufsatz über Wilhelm Henrichs’ Lebenswerk ist ein Prosastück, in dem das Ringen um ein gerechtes Urteil auf jeder Seite spürbar ist. Der dritte Text ist ursprünglich als ein Besprechungssatz zu Dolf Sternbergers Hauptwerk „Drei Wurzeln der Politik“ veröffentlicht worden, und zwar 1979 ebenfalls im „Merkur“. Graf Kielmansegg hatte auch mit Dolf Sternberger eine persönliche Verbindung. Er vertrat ihn ein Semester an der Universität Heidelberg, wurde später in dessen Schülerkreis aufgenommen und bezog von seinen demokratietheoretischen Schriften so manche wichtige Anregung. Auch als Stilist hat Sternberger Graf Kielmansegg wohl beeindruckt. Es ist bezeichnend, dass er am Ende seines Essays die literarischen Qualitäten der Prosa Sternbergers rühmt und den Verfall des Sprachbewusstseins

in den Sozialwissenschaften beklagt. Der vierte und letzte Text der dritten Rubrik, der aus dem Jahr 2010 stammt und etwas aus der Reihe tanzt, schließt inhaltlich an diese Kritik der sozialwissenschaftlichen Sprache an, er thematisiert und beklagt die „Sprachlosigkeit der Sozialwissenschaften“. Von den Sozialwissenschaftlern wird die Fähigkeit erwartet, sich jargonfrei, möglichst allgemeinverständlich einer breiten Öffentlichkeit mitzuteilen. Graf Kielmansegg selbst hat diese Maxime im eigenen Schreiben befolgt, wie nicht zuletzt seine öffentlichen Stellungnahmen eindrucksvoll zeigen. Der Träger des Sigmund Freud-Preises für wissenschaftliche Prosa ist auch ein bewusster und stilsicherer Essayist. Der vierte Teil enthält eine kleine Auswahl seiner zahlreichen öffentlichen Stellungnahmen aus den letzten Jahren, die als Essays in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ erschienen sind; sie sind vor allem der Auseinandersetzung mit aktuellen Fragen und Problemen der Demokratie in der Bundesrepublik gewidmet und können als „Anwendungen“ und „Übersetzungen“ seiner grundlegenden Überzeugungen betrachtet werden, die er in seinen historischen und demokratietheoretischen Studien entwickelt hat.

Bei der Auswahl der Texte habe ich versucht, das Bild vom Menschen und Gelehrten, das sich aus der Lektüre des Gesprächs ergibt, zu erweitern und zu vertiefen. Die ideengeschichtlichen Profile, Porträtskizzen von Weggefährten und öffentlichen Stellungnahmen ergänzen einander sowohl in Form als auch im Inhalt: sie stellen allesamt „Übungen“ im politischen Denken Graf Kielmanseggs dar. Im Übrigen trage ich die Verantwortung für die Auswahl der Texte, auch wenn ich Graf Kielmansegg einbezogen und um Rat gefragt habe. Bei einigen Essays haben wir den ursprünglich von ihm vorgesehenen Titel übernommen oder aber diesen leicht ergänzt, ansonsten sind die Texte unverändert.

Mir bleibt nun die Freude, Prof. Dr. Peter Graf Kielmansegg herzlich zu danken für seine Geduld und seine Sorgfalt, sein Vertrauen und seine Geistesgegenwart, mit denen er mir im Gespräch und darüber hinaus im Leben stets begegnet ist. Auch sei mir erlaubt, dem Gelehrten Prof. Dr. Dr. h.c. Hans Maier für seine tatkräftige

Unterstützung meiner Forschungsbemühungen wie überhaupt für sein Beispiel ermutigender Mitmenschlichkeit zu danken.

Einen besonderen Dank schulde ich schließlich auch Dr. Martin Reichinger vom Nomos Verlag für sein reges Interesse an dem Band und die wunderbare Zusammenarbeit.

Berlin, Februar 2020

Ahmet Cavuldak

Denkt die Welt europäisch? Das Beispiel Politik

I.

Denkt die Welt – in politicis – europäisch? Darf man eine so arrogante Frage als Europäer überhaupt noch stellen? Würde man sich bei Chinesen, Indern, Afrikanern mit dieser Frage nicht sofort den Vorwurf einhandeln, man schreibe die europäische Weltherrschaft einer vergangenen Epoche intellektuell fort? Noch mehr Entrüstung würde man wahrscheinlich im politisch korrekt postkolonialistisch denkenden akademischen Milieu der Vereinigten Staaten provozieren. Aber für die Wissenschaft können die Konventionen politischer Korrektheit nicht maßgeblich sein. Wissenschaft muss „wissenschaftlich korrekt“ sein. Und das heißt zuerst und vor allem: Sie muss die Fragen stellen, von denen sie sich Erkenntnisgewinn verspricht. Ich denke, dass unsere Frage tatsächlich einen Erkenntnisgewinn verspricht.

Europa hat über einen Zeitraum von insgesamt fast fünf Jahrhunderten weite Teile der nichteuropäischen Welt beherrscht. Wie immer man diese Herrschaft bewertet, die Annahme drängt sich geradezu auf, dass die ja nicht ganz kurze Epoche europäischer Dominanz in wichtigen Hinsichten eine Europäisierung der Welt zur Folge hatte; eine Europäisierung, die das Ende der Machtdominanz überdauert hat. Europa, so könnte man es formulieren, hat sich globalisiert.

Die schwierige, durchaus kontroverse Frage, ob es so etwas wie einen maßgeblichen Modernisierungspfad gibt, auf dem Europa der übrigen Welt vorangegangen ist, ein im Groben und Großen verbindliches Verlaufsmuster der Modernisierung, für das Europa steht, kann und will ich hier nicht diskutieren. Hinter unserer Frage steht nicht mehr als die viel weniger anspruchsvolle Vermutung, dass Europas Weltdominanz zwischen etwa 1500 und der Mitte des 20. Jahrhunderts Spuren hinterlassen hat; und dass sich solche Spu-

ren gerade auch in den Begriffen, Argumentationsfiguren, Normen finden könnten, die die globalen politischen Diskurse bestimmen. Wenn es so wäre, wäre das Verständnis dieser Prägung für das Verständnis der einen und doch nicht einen Welt, in der wir leben, wichtig. Und die Wissenschaft hätte sich, politisch korrekt oder nicht, darum zu kümmern.

II.

Jeder Versuch, die Frage zu beantworten, ob die Welt in politicis europäisch denke, setzt voraus, dass wir uns vorab Klarheit darüber verschaffen, was es denn heißt „europäisch denken“. Was ist „europäisches Denken in Sachen Politik“? Ist in Europa nicht schon alles einmal gedacht worden, vom mörderischen Antisemitismus bis zum kategorischen Imperativ? Mit der Klärung dieser Vorfrage könnte ich leicht den Rest der mir zur Verfügung stehenden Zeit verbringen. Das habe ich nicht vor. Ich schlage vor, das Vorfeld mit einem raschen, relativ einfachen, aber, wie ich meine, plausiblen Argumentationsschritt zu durchqueren.

Ich habe drei Schlüsseltexte des neuzeitlichen europäischen politischen Denkens ausgewählt: Texte, die alle drei auf unterschiedliche Weise als Appell an die Menschheit formuliert sind, Texte zugleich, deren fundamentale Bedeutung jedenfalls für den europäischen Kulturkreis selbst außer Frage steht. Und ich werde fragen, ob und wenn ja in welcher Weise sie in die Welt hinaus gewirkt haben und noch wirken. Mit dieser Frage geht es mir nicht um die Wirkungsgeschichte genau dieser Texte in einem präzisen und strengen Sinn, sondern um die Wirkungsgeschichte der Ideen, die in ihnen eine Kodifizierung gefunden haben.

Ich spreche, in der zeitlichen Reihenfolge der Verkündung, von

- der Amerikanischen Unabhängigkeitserklärung von 1776
- der Französischen Erklärung der Menschenrechte von 1789
- und dem Kommunistischen Manifest von 1848.

Ich habe von diesen Texten gesagt, sie seien als Appelle an die Menschheit formuliert. Damit ist schon eine wesentliche Besonderheit des neuzeitlichen europäischen politischen Denkens benannt.

Soweit ich sehe, begegnen uns Texte dieses Typs, dieses Anspruchs – universalistische Proklamationen in politischer Absicht, es ist hier nicht von Religion die Rede – in keiner anderen Weltkultur. Allein schon dieser Umstand legt es nahe, nach der Weltwirkung europäischen politischen Denkens zu fragen. Die Einbeziehung der Unabhängigkeitserklärung in unsere Trias macht im Übrigen deutlich, dass ich mit der Kurzformel „europäisch“ den europäisch-nordatlantischen Kulturkreis meine.

III.

Wenn wir jetzt die drei Dokumente genauer ins Auge fassen, werde ich mit dem Kommunistischen Manifest beginnen und über die Erklärung der Menschenrechte zur Amerikanischen Unabhängigkeitserklärung zurückgehen, weil sich diese Sequenz für meine Zwecke – es geht mir, wie gesagt, um die Wirkungsgeschichte – eher anbietet als die umgekehrte. Das Kommunistische Manifest, um die Jahreswende 1847/48 von Karl Marx und Friedrich Engels verfasst, ist von seinem Erscheinen an als *die* Programmschrift der Marx'schen Lehre, des Marxismus, wahrgenommen worden. Einhundert Jahre später, so stellte es sich dem Beobachter um die Mitte des 20. Jahrhunderts dar, hatte die im Kommunistischen Manifest kodifizierte politische Dogmatik weltweit Resonanz gefunden. Die Sowjetunion, das von ihr beherrschte Ostmitteleuropa, seit 1950 auch China hatten den Marxismus zur Staatsdoktrin gemacht, viele Länder der Dritten Welt liebäugelten mit einem marxistisch eingefärbten Sozialismus. In den fünfziger und sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts erschien die These durchaus als plausibel, keine andere politische Idee europäischen Ursprungs habe eine solche Weltwirkung entfaltet wie der Marxismus.

Ein halbes Jahrhundert später sieht das ganz anders aus. Viele der auf den Marxismus gegründeten Systeme sind zusammengebrochen. Dort, wo er nominell noch Staatsdoktrin ist, vor allem in China, hat er keinerlei programmatische Bedeutung mehr, die chinesische Wirtschaft ist bekanntlich in vielen Hinsichten eine kapitalistische Wirtschaft par excellence. Der Marxismus dient nur

noch der Legitimierung des Herrschaftsmonopols der Partei. Niemand würde heute mehr auf den Gedanken kommen, der Marxismus sei die aktuell weltweit wirkungsmächtigste politische Idee europäischer Provenienz – was natürlich nicht heißt, dass er nicht Weltgeschichte gemacht hat, allein schon durch die Oktoberrevolution. Wie erklärt sich diese dramatische Kurve in der Wirkungsgeschichte des Kommunistischen Manifestes?

Ich sehe zumindest drei Gründe. Zunächst: Das Kommunistische Manifest ist trotz seines universalen Geltungsanspruchs – der letzte Satz lautet bekanntlich: „Proletarier aller Länder vereinigt euch“ – ein sehr europäischer Text. Die Weltgeschichte, materialistisch als eine Geschichte von Klassenkämpfen interpretiert, wird ganz und gar von Europa her gesehen; die industrielle Revolution in ihrer europäischen Erscheinungsform ist der das Manifest bestimmende historische Erfahrungshintergrund. Zweitens: Der Marxismus als Staatsdoktrin ist von 1917 an sehr rasch zu einem Formelarsenal der Rechtfertigung der Diktatur regierender kommunistischer Parteien degeneriert. Das hat seine Überzeugungskraft entscheidend geschwächt. Drittens schließlich – vielleicht der gewichtigste der drei Gründe: Es hat sich als unmöglich erwiesen, auf der Basis des Marxismus eine Wirtschaft zu entwickeln, die die Wohlstandsversprechen der modernen Welt einzulösen vermag. Man wird auf die Frage, ob die Welt in *politicis* europäisch denke, also nicht, nicht mehr mit dem Hinweis auf den Marxismus antworten können.

IV.

Der „Déclaration des droits de l’homme et du citoyen“ ist das Pathos einer Menschheitsbotschaft schon deshalb eigen, weil sie ausschließlich bekenntnishaft und in der abstraktesten Form von *dem* Menschen, von den Rechten *des* Menschen spricht, ohne jeden historischen Bezug und jede geographische Konkretisierung – nur in den ersten Worten der Präambel nennt die Französische Nationalversammlung sich selbst als die Instanz, die hier für die Menschheit spricht und handelt. Ich denke, dass man ohne Einschränkung sa-

gen kann: Mit dieser Erklärung vom 26. August 1789 beginnt die Weltkarriere des Begriffs und der Idee der Menschenrechte, der Idee also, dass jeder Mensch, einfach weil er Mensch ist, bestimmte Rechte hat, die von jeder politischen Autorität zu respektieren sind. Diese Karriere wird zur Weltkarriere zwar erst im 20. Jahrhundert, also mit einer gewissen Verzögerung. Aber zumal von der Mitte des 20. Jahrhunderts an handelt sich um einen Siegeszug.

Im Dezember 1948 beschließt die Generalversammlung der Vereinten Nationen, in durchaus erkennbarer gedanklicher und sprachlicher Nähe zur „Déclaration“ von 1789, eine „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“, der 1966 die beiden Pakte über bürgerliche und politische bzw. wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte folgen. Gewiss: Um den Text der „Allgemeinen Erklärung“ von 1948 wie auch der späteren Pakte wurde heftig gerungen, besonders zwischen West und Ost – der Kalte Krieg war ja in vollem Gang. Gewiss: Die Erklärung von 1948 spricht nur Empfehlungen aus, sie verpflichtet die Staaten zu nichts. Aber das ändert nichts daran, dass die Übernahme von Begriff und Idee der Menschenrechte durch die Vereinten Nationen für die globale Entfaltung der Wirkkraft des Gedankens Schlüsselbedeutung hatte. Heute sind Begriff und Idee in den internationalen Diskursen allgegenwärtig.

Die These, in der Weltgeltung der Menschenrechtsidee begegne uns europäisches Denken, das sich die Welt erobert hat, besagt nicht, dass der Gedanke, der Mensch sei als Mensch Träger ursprünglicher Rechte, allen anderen Kulturen fremd sei. Sie besagt nur, dass dieser Gedanke allein im europäischen Kulturraum die Klarheit und die Strahlkraft gewann, die er brauchte, um die Welt durchdringen zu können.

V.

In welchem Sinn ist auch die „Declaration of Independence“ vom 4. Juli 1776, die doch streng genommen nur das Verhältnis zwischen dem Vereinigten Königreich und seinen nordamerikanischen Kolonien betraf, ein Menschheitsdokument? Sie ist es der Form

nach, weil sie sich feierlich ganz ausdrücklich an die Menschheit wendet. Und sie ist es dem Inhalt nach, weil sie das Recht zur Aufkündigung der Bindung an das Mutterland letztlich aus Menschenrechten, aus Rechten des Menschen als Menschen, Rechten der ganzen Menschheit also, herleitet.

Insofern es in der Unabhängigkeitserklärung um die Gründung eines neuen Gemeinwesens geht, sind die Akzente freilich deutlich anders gesetzt, als die französische Erklärung der Menschenrechte sie dreizehn Jahre später setzen sollte. Die verschiedenen Individualrechte – „life, liberty, and the pursuit of happiness“ in der berühmten Trias Jeffersons – werden nur eher pauschal genannt. Im Zentrum stehen das kollektive Recht jedes Volkes, das sich als ein solches begreift, auf eine unabhängige politische Existenz und das Grundprinzip einer jeden legitimen Verfassung, das da lautet: „Governments derive their just powers from the consent of the governed“. Modern gesprochen: Das Selbstbestimmungsrecht der Völker und der Zusammenhang zwischen Menschenrechten und Demokratie sind Gegenstand der Unabhängigkeitserklärung. Es ist alles andere als ein Zufall, dass es ein amerikanischer Präsident war – Woodrow Wilson –, der das Selbstbestimmungsrecht der Völker später folgenreich zu einem Fundamentalsatz des Völkerrechts erklärt hat. Er handelte ganz im Geist des Gründungsdokumentes seines Landes.

Beide Botschaften der Unabhängigkeitserklärung sind von den globalen politischen Diskursen unserer Zeit aufgenommen worden und prägen sie. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker wurde zur Leitnorm in der Epoche der Entkolonialisierung, sieht sich inzwischen freilich immer mehr mit einer Frage konfrontiert, die es aus sich heraus nicht beantworten kann: Welches sind die kollektiven Subjekte, denen dieses Recht zukommt? Sind es die Flamen, die Kosovaren, die Kurden, die Tibeter oder sind es die Staatsnationen, denen diese Ethnien zugerechnet werden? Das Axiom, dass die einzige menschenrechtsgemäße Verfassung die demokratische sei, andererseits erregte zuerst weniger Enthusiasmus als das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Inzwischen aber scheint es weltweit stetig an Überzeugungskraft zu gewinnen.

VI.

Sind wir mit diesem Blick und durch diesen Blick auf drei für das europäisch-atlantische politische Denken der letzten 250 Jahre konstitutive Texte ein Stück weiter gekommen mit der Beantwortung unserer Frage „Denkt die Welt in politicis europäisch?“ So schlicht und einfach wie die Frage kann die Antwort nicht ausfallen. Meine These lautet: Insoweit die globalen politischen Diskurse normativ ausgerichtet sind, erweist sich die europäische Tradition als dominant. Etwas anders formuliert: Die europäische Aufklärung hat mit ihren Wertsetzungen weltweit eine Diskurshegemonie errungen.

Was ist mit dieser Formel gemeint? Natürlich nicht, dass die Werte der europäischen Aufklärung weltweit das politische Handeln verlässlich bestimmten. Diskurshegemonie heißt: Es gilt in den globalen politischen Diskursen eine Art von Beweislastregel zugunsten der Postulate der europäischen Aufklärung. Wer Menschenrechte oder Demokratie einfordert, ist nicht mehr begründungspflichtig – ganz im Sinn der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung, die ja, nach dem Eröffnungspassus, mit den Worten einsetzt „We hold these truths to be selfevident“. Selfevident heißt: keiner argumentativen Begründung bedürftig, weil jedem vernunftbegabten Wesen unmittelbar einleuchtend. Die Diskurshegemonie wird auch darin deutlich, dass sich niemand mehr, mit oder ohne Begründung, explizit gegen Menschenrechte und Demokratie ausspricht. Schwer vorstellbar, dass irgendwo in der Welt heute noch jemand, der in den politischen Diskursen gehört werden will, die Idee der Menschenrechte so abfertigt, wie es Edmund Burke, der große konservative Pragmatiker, vor etwas mehr als 200 Jahren im Mutterland politischer Freiheit, England, in seiner Auseinandersetzung mit der Französischen Revolution tat.

Auch jene Mächtigen der Welt, die in ihrem politischen Handeln wenig mit Menschenrechten und Demokratie im Sinn haben, stehen unter dem Druck der Diskurshegemonie. Sie weichen ihm aus, indem sie die normativen Schlüsselbegriffe des hegemonialen Diskurses für auslegungsbedürftig und kontextabhängig erklären. Der chinesische Staatspräsident Hu Jintao hat es bei seinem Besuch

in Washington im Januar dieses Jahres so gesagt: „China erkennt die Universalität der Menschenrechte an und respektiert sie, aber zugleich denken wir, dass wir die verschiedenen nationalen Umstände hinsichtlich der Menschenrechte berücksichtigen müssen.“

Von einem hegemonial durch die europäische Aufklärung bestimmten Diskurs wird man schließlich auch deshalb sprechen können und sprechen müssen, weil Parallel- oder Gegenentwürfe aus anderen Kulturkreisen, die mit einer vergleichbaren Kraft die globalen politischen Diskurse prägten, mir jedenfalls nicht erkennbar sind. Der von den politischen Eliten Südostasiens mehr als Ostasiens propagierte Rekurs auf die so genannten asiatischen Werte ist bis heute ein relativ matter defensiver Gestus geblieben. Und auch der Islam, der uns als Religion im Augenblick so vital zu sein scheint, hat bisher in die globalen politischen Prinzipien diskurse keinen Beitrag von wirklicher Strahlkraft eingebracht.

VII.

Globale Diskurshegemonie der europäischen Aufklärung, was die Prinzipien der Legitimität politischer Ordnung angeht – heißt das, dass Europa die Richtung, in der sich die Welt politisch bewegt, auf indirekte Weise immer noch bestimmt? So einfach ist es nicht. Die Skepsis dieser Antwort hat nicht die Ambivalenz der europäischen Aufklärung selbst, gerade auch in ihren politischen Implikationen, im Visier. Sie hat vielmehr mit dem Umstand zu tun, dass die normativen Anforderungen, mit denen die europäische Aufklärung der politischen Ordnung entgegentritt, in Beziehung zur Ausbildung bestimmter gesellschaftlich-politischer Substrate stehen. Wir haben es mit zwei korrespondierenden, zwei aufeinander bezogenen historischen Entwicklungen zu tun. Ganz knapp und sehr einfach formuliert: Menschenrechte und Demokratie brauchen den säkularen Staat und die Nation. Genauer: Die Gewährleistung der Menschenrechte setzt funktionierende Staatlichkeit voraus. Und: Demokratie ist auf ein einheitsstiftendes Bewusstsein gemeinsamer politischer Identität unter ihren Bürgern angewiesen. Ohne Staatlichkeit, die auf die

Menschenrechte verpflichtet, zugleich aber auch im Dienst dieser Verpflichtung handlungs- und durchsetzungsfähig ist, stehen die Menschenrechte nur auf dem Papier. Und was das einheitsstiftende Bewusstsein gemeinsamer politischer Identität angeht: In der modernen Welt mit ihren großräumigen und großzahligen politischen Gebilden hat bisher nur die Idee der Nation eine solche kollektive politische Identität zu stiften vermocht. Die unmittelbar erfahrbare Zusammengehörigkeit der Bürger, wie sie in der antiken Polisdemokratie gegeben war, in der Aristoteles das Verhältnis der Polisbürger zueinander als Freundschaft beschreiben konnte, ist nicht einmal eine ferne Erinnerung mehr. Diese Zusammengehörigkeit muss in der Welt von heute gleichsam künstlich geschaffen werden.

Den in diesen wenigen Sätzen angedeuteten Zusammenhängen genauer nachzuspüren, ist hier nicht die Zeit. Im Blick auf unsere Fragestellung ist es aber wichtig, sich klar zu machen, dass Staat und Nation keine politischen Naturphänomene sind, die einfach vorausgesetzt werden können. Es wird oft so geredet, als lebten wir in einer homogenen Welt von Staaten und Nationen – man denke nur an die Selbstbezeichnung der Vereinten Nationen, in deren Generalversammlung angeblich annähernd 200 Staaten vertreten sind. Aber es ist nicht so. Bei nicht wenigen der Herrschaftsgebilde, die als Staaten figurieren, kann von funktionierender Staatlichkeit nicht die Rede sein. Und an einem ihre Bürger verbindenden Bewusstsein gemeinsamer politischer Identität fehlt es bei noch mehr von ihnen. Staat und Nation sind voraussetzungsreiche Hervorbringungen der europäischen Geschichte. Sie sind auf einen abstrakten Begriff gebrachte, in bestimmten Formen geronnene europäische Geschichte. Und vermutlich nicht beliebig aus dieser Geschichte herauszulösen.

Eine Welt, in der einerseits die politischen Kernpostulate der europäischen Aufklärung weltweit Resonanz gefunden, andererseits die faktischen Voraussetzungen für ihre Verwirklichung sich aber keineswegs universalisiert haben, ist notwendigerweise eine Welt tektonischer Spannungen. Ob es für diese Spannungen

andere Lösungen, Auflösungen gibt, als die, die Europa gefunden hat, ist eine der offenen Fragen des 21. Jahrhunderts.